



Berns ungenutztes Potenzial

Die Stadt Bern und elf umliegende Gemeinden könnten ihr Potenzial besser nutzen, wenn sie sich zusammenschliessen würden. Das zeigt eine Studie des Vereins «Bern NEU gründen» zu möglichen Modellen für eine «Stadtregion Bern» mit einer Bevölkerungszahl von 240 000 Menschen.

Der Alltag der meisten Bewohnerinnen und Bewohner der Region Bern spielt sich in mehreren Gemeinden ab. Wohnen, arbeiten, Schule und Freizeit finden an verschiedenen, durch ein gut ausgebautes Verkehrsnetz schnell zu erreichenden Orten statt. Das Überqueren von Gemeindegrenzen nimmt man in der Regel gar nicht mehr wahr. Und doch bestimmen diese Grenzen weiterhin die politische Struktur der Region.

Wie können diese heute künstlich anmutenden Grenzen überwunden werden? Der Verein *Bern NEU gründen*, der sich für eine verstärkte regionale Zusammenarbeit engagiert, wollte darauf Antworten finden. Dafür gab er beim Beratungs- und Forschungsunternehmen Ecolan eine Studie in Auftrag, mit dem Ziel, künftige Zusammenarbeitsmodelle für die Region Bern zu entwickeln.

Grosse Herausforderungen

Heute zeichnet sich das Gebiet der künftigen Stadtregion durch hohe Lebensqualität aus. Seine Gemeinden haben eine Grösse, die es ihnen erlaubt, ihre Aufgaben allein oder in bestehenden interkommunalen Kooperationsmodellen wie der Regionalkonferenz, Gemeindeverbänden oder Servicegesellschaften zu erfüllen. Diese losen Strukturen der Zusammenarbeit werden aber nicht genügen, um die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewältigen. Die Ausgangslage: Ein härterer Standortwettbewerb, ein schwaches Wachstum, steigende Kosten bei der Aufgabenerfüllung und damit zwangsläufig höhere Steuerbelastung auf der einen Seite, striktere Vorgaben der Raumplanung, der Zwang zur baulichen Verdichtung, der Mangel an Baulandreserven und der starke Widerstand gegen Einzonungen und Ortspläne auf der anderen Seite.

Für die Stadtregion Bern entwirft die Studie zwei mögliche Modelle: Thematisch auf bestimmte Bereiche – Planung, Soziales – fokussierte Teilkonferenzen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland versus politischer Zusammenschluss von Gemeinden. Als nicht zweckmässig erachtet die Studie eine thematische Erweiterung der Regionalkonferenz sowie die Schaffung eines weiteren Konstrukts in der



ohnehin schon wenig koordinierten aktuellen Regionalpolitik.

Ein langer Weg

Der Verein *Bern NEU gründen* macht sich keine Illusionen darüber, dass Gemeindefusionen kurzfristig zu realisieren wären. Er hat deshalb den Zeithorizont für die Stadtregion Bern auf das Jahr 2030 gelegt. Die Studie spricht denn auch vom Weg der kleinen Schritte. Aber sie

Der Alltag der meisten Bewohnerinnen und Bewohner der Region Bern spielt sich in mehreren Gemeinden ab.

nennt auch die Vorteile eines Zusammenschlusses von Stadt und umliegenden Gemeinden. Die politischen Strukturen würden damit dem real existierenden städtischen Raum angeglichen. Damit liessen sich die Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten gezielt für die Entwicklung der ganzen Stadtregion optimieren. Mit dem Zusammenschluss würde sich die Region neu positionieren und könnte sich dadurch einen Standortvorteil verschaffen.

Der Zusammenschluss von Gemeinden ist ein langwieriger, mit Emotionen verbundener Prozess. Neben Fragen von Identität und Heimat bringt er Änderungen, zum Beispiel

beim Steuersatz oder in der Zusammensetzung und der Form der politischen Gremien. Ein Zusammenschluss allein schafft noch keine neue Identität, dafür bedarf es eines gemeinsamen regionalen Bewusstseins. Ist dieses einmal in den Köpfen der Menschen, könnte das der Anfang eines neuen Aufbruchs sein, eines neuen Selbstwertgefühls als Stadtregion Bern.

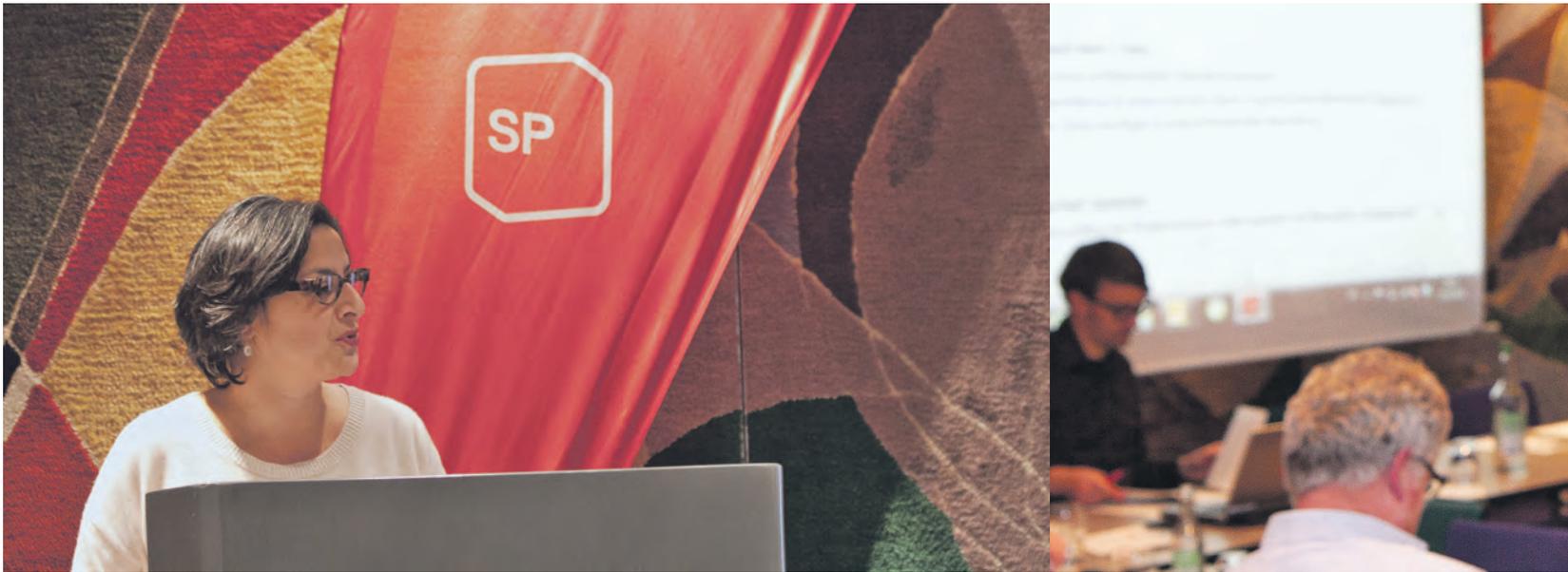
Der Ball liegt bei den Parteien

Darauf will *Bern NEU gründen* in seiner weiteren Tätigkeit hinwirken: Mit vertiefter Information für die interessierte Bevölkerung der Region, mit der Organisation von öffentlichen Anlässen und mit dem Bereitstellen von Grundlagenmaterial für politische Vorstösse. Letztlich wird es an den politischen Parteien in den Gemeinden der Stadtregion Bern sein, die wertvollen Anstösse der Studie aufzunehmen und zu Gunsten einer zukunftsweisenden Stadtregion politisch umzusetzen.

Die Studie «Bausteine für die Stadtregion Bern 2030» kann heruntergeladen werden unter: www.bernneugruenden.ch



Christian Cappis
Vorstandsmitglied «Bern NEU gründen»,
SP+ Wohlen



Städtische Kulturförderung in Z

Nicht nur auf nationaler und kantonaler, sondern auch auf städtischer Ebene werden die Weichen für die Kulturförderung der nächsten Jahre gestellt. Die Arbeitsgruppe Kultur der SP Stadt Bern hat sich mit Kulturschaffenden ausgetauscht und im letzten Jahr ein Positionspapier zur städtischen Kulturpolitik erarbeitet.

An der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern vom 27. Oktober wurde das Positionspapier vorgestellt. Darüber hinaus wurde an der DV über schriftlich eingereichte Anträge der SP-Sektion Bümpliz/Bethlehem und über mündlich formulierte Anträge der Delegierten diskutiert und abgestimmt. Hier sollen einige ausgewählte Schwerpunkte aus dem Positionspapier vorgestellt werden.

Voraussetzungen für die Leistungsperiode 2016–2019

Mit dem neuen kantonalen Kulturförderungsgesetz verschieben sich für die städtische Kulturförderung einige Bereiche. Das Zentrum Paul Klee und das Kunstmuseum Bern werden als Kulturstätten von nationaler Bedeutung seit 2014 vollumfänglich vom Kanton finanziert. Kultureinrichtungen von regionaler Bedeutung werden gemäss der «blauen Liste» (s. Kasten) von Kanton, Standortgemeinde und Regionalkonferenz gemeinsam finanziert. Dadurch verschieben sich ab 2016 auch die finanziellen Voraussetzungen für die Stadt Bern.

Von den Einsparungen (voraussichtlich 6 Millionen Franken), die infolge der Neuregelung für 13 Kulturinstitutionen in Bern-Mittelland in der Stadt frei werden, sollen mindestens 1,4 Millionen Franken wieder in die

städtische Kulturförderung investiert werden. Ein weiterer Teil der eingesparten 6 Millionen Franken könnte auch in der Direktion für Bildung, Soziales und Sport reinvestiert werden,

Die SP Stadt Bern setzt sich für eine lebendige, vielfältige und allen zugängliche Kulturlandschaft ein.

insbesondere zur Förderung der kulturellen Teilhabe.

Leitlinien des SP-Kulturpapiers

In der Vielfalt liegt die Kraft, deswegen setzt sich die SP Stadt Bern für eine lebendige, vielfältige und allen zugängliche Kulturlandschaft ein. Im Positionspapier fordern wir, dass die finanziellen Mittel angemessen zwischen den grossen Häusern, kleineren Veranstaltungsorten und der freien Szene aufgeteilt werden. Der Dialog zwischen Kulturschaffenden, Verwaltung und Politik muss institutionalisiert werden. Zusammenschlüsse und Kooperationen von Kultureinrichtungen machen nur dann Sinn, wenn es inhaltliche Überschneidungen gibt und da-

durch die kulturelle Identität der beteiligten Häuser gewahrt bleibt.

Soziale Sicherheit der Kulturschaffenden

Kulturschaffende leben und arbeiten oft unter prekären Bedingungen. Die Förderung der Kultur – so unsere Forderung – soll deswegen auch die soziale Sicherheit der Beteiligten berücksichtigen. Ausserdem soll die Stadt Bern bei der städtischen Kulturförderung Alters-, Krankheits-, Renten- und Invaliditätsvorsorge sicherstellen und die Löhne sollen den Vorgaben der Verbände entsprechen. Die Lohnbandbreite innerhalb der einzelnen geförderten Kultureinrichtungen sollte 1:12 nicht überschreiten.

Kulturaustausch bedeutet mehr als Ateliers im Ausland

Die eingangs erwähnten frei werdenden Mittel könnten beispielsweise für die Schaffung einer «Kommission für Kulturaustausch» (SP-Motion, März 2014) eingesetzt werden. Projekte, die im interdisziplinären, interkulturellen und

Die Förderung der Kultur soll auch die soziale Sicherheit der Beteiligten berücksichtigen.

internationalen Bereich angesiedelt sind, würden so nicht zwischen Stuhl und Bank fallen. In der in unserem Positionspapier geforderten «Kommission für Kulturaustausch» könnten spartenübergreifende und interdisziplinäre



eiten des Umbruchs

Projekte, Strukturen und Produktionen gefördert werden. Mit solchen Projekten könnten neue kulturelle Formen unterstützt werden.

Kulturvermittlung

Subventionierte Kultur sollte professionelle Strukturen aufweisen, um das Dargebotene zu vermitteln. In der Vermittlung von Kulturangeboten liegt der Schlüssel zum Verständnis und zur Teilhabe. Die Kulturvermittlung muss deswegen professionellen Standards genügen. Das SP-Kulturpapier fordert deshalb Gefässe zu schaffen, in denen das Publikum mit seinem eigenen Vorwissen in den Entstehungsprozess wie auch in die Analyse einbezogen werden kann. Gerade bei der Unterstützung von Projekten in der Kinder- und Jugendkultur ist Vermittlung sehr wichtig, da sie den Grundstein einer späteren kulturellen Partizipation legen.

Kultur hat auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung

Zahlreiche Arbeitsplätze in Bern haben einen direkten oder indirekten Bezug zur Kultur. Wir fordern im Positionspapier, hierzu eine Erhebung in die Wege zu leiten. Diese könnte wichtige Anhaltspunkte zur Wertschöpfung der «Kultur»- und «Kreativwirtschaft» bieten und als Basis für die zu erarbeitende Kulturstrategie dienen. Ein vielfältiges Kulturangebot sowie Innovationen im Bereich Kultur sind auch Bestandteile einer attraktiven Standortförderung.

Am Ende des Positionspapiers der SP Stadt Bern werden 26 Forderungen aufgestellt. Im Januar 2015 wird das ganze Dokument auf der

Website der SP Stadt Bern aufgeschaltet. Unsere Positionen sind zudem in die Vernehmlassung zur städtischen Kulturförderung eingeflossen.

Mitglieder der Arbeitsgruppe Kultur: Katharina Altas, Patrizia Mordini, Renate Heer, Adrian Schild, Matthias Morgenegg, Jean-Luc Froidevaux, Urs Hänsenberger



Katharina Altas ist Literaturagentin und Stadträtin in Bern

BLAUE LISTE

Institutionen von regionaler Bedeutung, die ab 2016 von Kanton, Regionalkonferenz und Standortgemeinde gemeinsam finanziert werden:

Konzert Theater Bern
Bernisches Historisches Museum
BeJazz
Berner Kammerorchester
Buskers
Camerata Bern
DAS Theater an der Effingerstrasse
Kornhausbibliotheken
Kornhausforum
Kulturhof Schloss Köniz
La Cappella
Mühle Hunziken
Reberhaus Bolligen

GERZENSEE



Stefan Lehmann bleibt Gemeindepräsident

In stiller Wahl wurde Stefan Lehmann als Gemeindepräsident von Gerzensee bestätigt. Zusammen mit Franziska Stucki vertritt er im Gemeinderat die SPplus. Seit der Gründung der SP Region Bern-Mittelland 2003 ist Lehmann auch Kassier und Geschäftsleitungsmitglied unseres Regionalverbandes. Die SP gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Erfolg in der nächsten Legislatur.

TERMINE 2015

Parteitage der SP Region Bern-Mittelland

jeweils 19 Uhr, Hotel Bern
Mittwoch, 14. Januar
Mittwoch, 6. Mai
Mittwoch, 25. November

Am 26. November 2014 findet kein Parteitag statt.

Delegiertenversammlungen der SP Stadt Bern

jeweils 19 Uhr, Hotel Bern
Montag, 9. Februar
Montag, 30. März (Hauptversammlung)
Montag, 11. Mai
Montag, 31. August
Montag, 26. Oktober
Montag, 25. Januar 2016

JA ZUR TRAM-STADT BERN

Verpasste Chance für die Region

Das Nein zum Tram Region Bern in Ostermundigen war eine grosse Überraschung. Ebenso die deutliche Zustimmung in der Stadt. Dass es in Köniz knapp würde, war hingegen befürchtet worden. Für Passagiere, Fussgängerinnen, Velofahrer und Umwelt müssen nun Alternativen gefunden werden.

Der Scherbenhaufen ist immens: 25 bis 30 Millionen Franken Planungskosten umsonst. Die von Bund und Kanton zugesicherten Gelder fliessen nach dem Nein nicht in unsere Region. Am schwersten wiegt jedoch, dass keine Alternative in Sicht ist, um den Kapazitätsengpass auf der Linie 10 zu lösen. Die 17 Millionen Fahrgäste pro Jahr im 10er-Bus müssen sich zu den Stosszeiten weiterhin in Busse quetschen wie Sardinen in Büchsen. Und nimmt der Verkehr wie prognostiziert zu, bedroht eine neue Blechlawine die Wohnquartiere in Stadt und Region.

Es gilt den demokratischen Entscheid vom 28. September zu respektieren. Doch es bleibt ein schaler Nachgeschmack: Um die Gegner ist es still geworden. Sie drücken sich davor, mit eigenen ernsthaften Vorschlägen aufzuzeigen, wie die bestehenden Probleme gelöst werden können.

200 Stimmende machten den Unterschied

Kurzfristig hätte Ostermundigen klar am meisten vom Tram profitiert. Dennoch sagte die Gemeinde mit 53 Prozent Nein. Knapp 200 Stimmende gaben den Ausschlag. Wie kurzfristig die Ablehnung mit der Faust im Sack ist, zeigt ein Zahlenbeispiel: Trotz des Neins muss Ostermundigen 21 Millionen Franken für

neue Leitungen in der Bernstrasse und einen neuen Belag ausgeben. Für 6,9 Millionen mehr, also insgesamt 27,9 Millionen, hätte es neben Aufwertungen auch ein Tram gegeben. Diese deutlichen Zahlen lassen daran zweifeln, ob es den Nein-Stimmenden wirklich nur um ein Verkehrsprojekt ging.

Die Niederlage in Köniz zeichnete sich dagegen ab. Was nach dem Nein zum Tram Region Bern (TRB) jedoch fast unterzugehen droht: Im gleichen Urnengang stimmten 64 Prozent für die Verlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern. Dafür haben bislang jedoch weder Bund noch Kanton Beiträge gesprochen.

Bümpliz sagt auch deutlich Ja zum Tram

Die Ablehnung in Köniz und Ostermundigen darf nun nicht dazu führen, dass das hervorragende Resultat in Bern ausser Acht gelassen wird: Trotz lauter Kritik von verschiedenen Seiten sagten gut 61 Prozent Ja zum Tram und setzten ein klares Zeichen für einen attraktiven öV. Am eingeschlagenen Kurs will Verkehrsdirektorin Ursula Wyss denn auch festhalten: «Wir haben nach wie vor eine Tram-Stadt Bern, aber kein Tram Region Bern.»

In der Stadt hat man begriffen, dass eine Weiterentwicklung der Region nur gemeinsam geht: So sagte die Länggasse mit mehr als 65 Prozent am deutlichsten Ja, obwohl sie vom gemeindeübergreifenden Projekt nicht direkt

Das Resultat in Bern ist eine solide Grundlage für neue innerstädtische Tramlinien.

profitiert hätte. Bümpliz und Bethlehem nahmen – wohl aufgrund der guten Erfahrungen mit dem Tram Bern West – das TRB mit gut 55 Prozent deutlich an. Interessant ist auch das Resultat im Stadtteil Breitenrain-Lorraine: Hier wurde die Gesamtsicht mit 60,7 Prozent Ja klar höher gewichtet als Einzelaspekte wie Allee-bäume.

Eigerplatz und Länggasse-Wyler-Tram

Trotz des Neins zum TRB muss der Eigerplatz nun so rasch als möglich saniert werden. Das Resultat in Bern ist zudem eine solide Grundlage für neue innerstädtische Tramlinien. Priorität hat dabei das Projekt Länggasse-Wyler. Sowohl die Buslinie 20 als auch der Ast des 12er-Busses in die Länggasse stossen an ihre Kapazitätsgrenzen; das Passagieraufkommen ist vergleichbar mit dem gescheiterten 10i-Tram. Anders als beim Tram Region Bern wäre eine Strassenbahn auf dieser Linie allerdings nicht neu, war die Länggasse doch bis 1959 bereits mit Trams erschlossen.



Nadine Masshardt
Nationalrätin und Präsidentin
«Läbigi Stadt»

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch, www.spmittelland.ch, www.spbern.ch

Redaktion: Marieke Kruit, Christa Luginbühl, Ursula Marti, Christoph Salzmann, Michael Sutter



Bereits von 1894 bis 1959 führte eine Tramlinie durch die Länggasse.